
298/J XXIV. GP

Eingelangt am 27.11.2008

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

des Abgeordneten DDr. Königshofer
und weiteren Abgeordneten

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend FMA

Die BWA (Bundeswertpapieraufsicht) wurde am 1. April 2002 durch das FMABG von der FMA (Finanzmarktaufsicht) abgelöst. Beide Institutionen haben sich bei Ihrer Tätigkeit nicht gerade mit Ruhm bekleckert. So wurden sowohl Fehlleistungen in Sachen BAWAG als auch in Sachen AMIS festgestellt (nachzulesen in den Protokollen des parlamentarischen Banken-Untersuchungsausschuss und in Urteilen des LG-Wien und des OLG-Wien). Die jüngsten Vorkommnisse rund um die Firmen MEL, MIP, AvW, IMMOFINANZ, IMMOEAST und CONSTANTIA PRIVATBANK lassen ebenfalls auf - (vornehm ausgedrückt) - mangelhaftes Aufsichtsverhalten der FMA schließen. Ausgerechnet diese Institution fühlt sich nunmehr bemüßigt, per Mitteilung vom 10. Oktober 2008 an alle Geschäftsleiter der österreichischen Kreditinstitute, eine dringende Empfehlung hinauszugeben, wonach keine weiteren Kredite in Fremdwährungen mehr an private Haushalte vergeben werden sollen. Als Drohung wird hinzugefügt, dass die FMA in Wahrung ihrer Aufsichtstätigkeit ein besonderes Augenmerk auf die diesbezüglichen Tätigkeiten der Kreditinstitute legen und die OeNB der Gestionierung solcher Kredite im Zuge ihrer Vorortprüfungen besonderes Augenmerk schenken werde.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigenden Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Finanzen nachstehende

ANFRAGE

1. Anhand welcher gesetzlicher Grundlage ist die FMA berechtigt, derartige Empfehlungen an Geschäftsleiter österreichischer Kreditinstitute hinauszugeben?
2. Welche gesetzlichen Grundlagen gelten für die Geschäftsleitung österreichischer Kreditinstitute und sind diese auch an derartige Empfehlungen der FMA gebunden?
3. Wie hoch waren in den letzten 10 Jahren die Vorteile, welche Kunden mit Fremdwährungskrediten gegenüber herkömmlichen ATS oder EUR Finanzierungen hatten?
4. Wie hoch waren die Schäden in den letzten 10 Jahren, welche Kunden allein aus der Tatsache der Fremdwährungsfinanzierung hatten?
5. Wie sehen Sie die Volatilitäten im Zinsbereich, sowohl beim EUR als auch bei Fremdwährungen?
6. Wie sehen Sie das Währungsrisiko bei Fremdwährungskrediten im langjährigen Durchschnitt?
7. Wie hoch sind die Kreditausfälle in den letzten 10 Jahren bei österreichischen Banken, welche ausschließlich auf das Fremdwährungsrisiko zurückzuführen sind?
8. Wie hoch ist das Risiko, das aufgrund von Finanzierungen in fremder Währung von den österreichischen Kreditinstituten derzeit getragen werden muss?
9. Wie ausreichend sind die österreichischen Kreditinstitute bei Fremdwährungskrediten abgesichert (Hypotheken, verpfändete Tilgungsträger, Bürgschaften etc.)?
10. In welcher Form ist diese Art der Immobilienfinanzierung mit jener in den USA vergleichbar?
11. In welchem Ausmaß hat auch die Republik Österreich in den letzten 10 Jahren auf Finanzierung in fremder Währung zurückgegriffen?
12. Welche Währungen wurden dabei herangezogen und welche Erfahrungen hat die Republik Österreich damit gemacht?
13. Wie lautet die aktuelle Empfehlung der FMA in Bezug auf Kreditvergabe an ausländische Kreditnehmer, insbesondere an Kreditnehmer aus Island (laut Medienberichten drohen hier österreichische Banken-Verluste in der Höhe von rd. EUR 2,6 Milliarden)?